

heißt es weiter: Alle dem Libanon freundlich gesinnten Staaten müßten an die dem Abkommen von Taif gegenüber kritisch gesinnten Gruppierungen des Landes appellieren, diesem aus Respekt gegenüber den gewählten Staatsvertretern zuzustimmen. Hoss erinnerte im übrigen den Apostolischen Stuhl daran, daß dessen wiederholte Aufforderungen, den Libanonkonflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, „mit den Bemühungen der libanesischen Regierung in Einklang ste-

hen, deren wichtigste Aufgabe es ist, die Einheit des Landes zu bewahren und die durch Aoun verursachte Teilung zu beseitigen“.

Für die weitere Entwicklung wird nicht nur viel davon abhängen, wie General Aoun sich in nächster Zukunft gegenüber der neuen Führung verhalten wird, sondern es dürfte auch um die Frage gehen, welchen Stellenwert das Ziel der *Einheit des Libanon* eigentlich noch behält. Wer die gegenwärtige Führung anerkennt, geht da-

von aus, daß diese Einheit nur mit Syrien als einem gewissen Ordnungsfaktor erhalten werden kann. Damit kalkuliert man ein, daß Syrien selbst mit seinem Engagement natürlich in erster Linie eigennützige Ziele verknüpft. Erklärt man jedoch die Souveränität – wie es Aoun tut – zur alles entscheidenden und unteilbaren Zielperspektive für den weiteren Weg des Libanon, mag man die faktische Teilung des Landes als vorläufig „geringeres Übel“ ansehen. K. N.

Ein großer Anspruch und seine Grenzen

Frankreichs weltpolitische Rolle

Zusammen mit der Bundesrepublik ist Frankreich Motor für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Gleichzeitig unterscheidet sich aber Frankreichs weltpolitisches Profil nicht unwesentlich von dem der Bundesrepublik, nicht zuletzt aufgrund der französischen kolonialen Vergangenheit und der eigenen Atomstreitmacht. Unser Mitarbeiter Alfred Frisch skizziert die Entwicklung der weltpolitischen Stellung Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg und vergleicht Anspruch und Wirklichkeit französischer Weltmachtambitionen.

Einer der bittersten Augenblicke seiner Laufbahn dürfte es für de Gaulle gewesen sein, als ihm im August 1945 die Beteiligung an der Konferenz von Potsdam der großen Siegermächte versagt wurde. Es war bereits sein großer Wunsch gewesen, auf der vorausgegangenen Konferenz in Jalta wenigstens das Recht zu erhalten, seine Vorstellungen über die Neuordnung Europas nach Beendigung des Krieges darzulegen. Seit seinem Widerstandsappell an das französische Volk aus London am 18. Juni 1940 war es sein ständiges Bestreben, das weltpolitische Mitspracherecht seines Landes geltend zu machen und es in die Reihe der Siegermächte aufnehmen zu lassen, nicht zuletzt, um so die Schmach der Niederlage und der Kapitulation des Vichy-Regimes zu überdecken. Gegen den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der nie wußte, was er von diesem ungewöhnlichen Einzelgänger mit seinen fast hochstaplerischen Ansprüchen halten sollte, konnte er mit der nicht immer vorbehaltlosen Unterstützung Winston Churchills die Anerkennung des freien Frankreich nach der alliierten Landung in Nordafrika durchsetzen. Nicht ohne Mühen rang er ferner den Amerikanern für seine vorläufige Regierung das Recht ab, nach der alliierten Landung in der Normandie ihr Hei-

matland zu verwalten. Ursprünglich wollten die Amerikaner Frankreich als befreites Territorium zunächst einmal der Kontrolle der alliierten Streitkräfte unterstellen.

Frankreichs Führungsrolle in Afrika

Um seine internationale Anerkennung und um die Aufnahme Frankreichs in den kleinen Kreis der großen Siegermächte ging es de Gaulle auch, als er sich Ende 1944 zu Stalin auf die Krim begab. Er hoffte, sich mit dessen Unterstützung oder zumindest mit seinem passiven Wohlwollen gegen den widerspenstigen Roosevelt durchsetzen zu können. Über die Absichten des sowjetischen Diktators hatte er sich damals keinerlei Illusionen gemacht, ebenso nie über die Folgen der Konferenz von Jalta für das Schicksal Polens. Es gab während dieses Besuchs zeitweise harte Auseinandersetzungen. Stalin äußerte sich auch recht verächtlich über das französische Potential. De Gaulle brauchte jedoch den bei diesem Treffen unterzeichneten Freundschaftspakt, um Frankreich einen angemessenen Platz in den geplanten internationalen Organisationen und im Friedensprozeß zu sichern. Stalin mußte seinerseits den Ambitionen eines in seiner Optik daniederliegenden Landes Rechnung tragen, weil er zu den Amerikanern kein Vertrauen hatte und mittelfristig im zerklüfteten Europa einen geostrategisch sicherlich nicht wertlosen Partner benötigen konnte, zumal in Frankreich dank der Widerstandsbewegung die sowjethörige kommunistische Partei eine starke Position besaß und sogar eine revolutionäre Machtergreifung für möglich hielt.

Als de Gaulle im Januar 1944 in der Kongohauptstadt Brazzaville das Fundament einer Französischen Union

mit den afrikanischen Völkern legte, ließ er sich einerseits von der Erkenntnis leiten, daß nach dem Krieg das Kolonialsystem einer neuen Ordnung weichen müsse, und andererseits von der Absicht, durch dessen Anpassung an eine unaufhaltbare Entwicklung Frankreich seine Rolle als *Führungsmacht auf dem schwarzen Erdteil* zu bewahren. Seitdem betrachteten alle seine Nachfolger Afrika als eine wesentliche Stütze des internationalen Prestiges ihres Landes, das sich trotz der Entkolonialisierung und der Unabhängigkeitsempfindsamkeit der neuen Staaten bis zum heutigen Tage in den Vereinten Nationen auf eine im Ernstfalle stets zuverlässige Gefolgschaft zu stützen vermag.

Die Regierungen der IV. Republik blieben der Linie de Gaulles treu. Sie beharrten allzu lange im Indochina- und Algerienkrieg auf einem stolzen, nationalen Selbstgefühl. Um sich einer internationalen Einmischung in Algerien zu erwehren, nahm der sozialistische Außenminister *Christian Pineau* in den Vereinten Nationen eine nicht unbedenkliche Isolierung in Kauf. Der sozialistische Regierungschef *Guy Mollet* glaubte schließlich 1956, mit einer militärischen Expedition zum Suezkanal noch einmal in die Großmachtsposaune blasen zu können. Als de Gaulle 1958 an die Macht zurückkehrte, war er entgegen seinen öffentlichen Erklärungen und einer heute noch weitverbreiteten Meinung nach sehr zuverlässigen Informationen von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der französischen Souveränität über *Algerien* überzeugt. Nicht zufällig gehörte zu seinen ersten Entscheidungen die völlige Entkolonialisierung Schwarzafrikas. Er hätte allerdings das Verbleiben Algeriens in einer großen französisch-afrikanischen Union gewünscht. Da sich jedoch dieser Traum nicht verwirklichen ließ, ging es ihm vor allem darum, sich von der algerischen Hypothek zu befreien, damit Frankreich in der Weltpolitik stärker in Erscheinung zu treten vermag.

Kurskorrekturen durch Pompidou

Die Beendigung dieses letzten kolonialistischen Dramas bildete auch die Voraussetzung für die diplomatische Rückkehr Frankreichs in den *Nahen Osten*, wo de Gaulle während des Zweiten Weltkrieges vergeblich versucht hatte, einige traditionelle Positionen zu behaupten. Wie hoch er hinaus wollte, bezeugte er mit dem dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower im August 1958 angebotenen Dreierdirektorium unter Beteiligung Großbritanniens für alle großen weltpolitischen Fragen über den geographisch beschränkten Zuständigkeitsbereich der Nato hinaus. Als ihm der amerikanische Verbündete die vielleicht nur aus taktischen Gründen geforderte Anerkennung als ebenbürtiger Partner versagte, beschloß er, die bereits 1955 eingeleiteten Arbeiten für die *Herstellung einer französischen Atombombe* zu beschleunigen. Er benötigte sie unbedingt zur Aufwertung eines sowohl wirtschaftlich wie politisch und militärisch hinter seinem Ehrgeiz zurückbleibenden Potentials. Der Besitz einer kleinen, mit eigener Kraft geschaffenen nationalen ato-

maren Abschreckung, die er im Gegensatz zur britischen nicht der amerikanischen Kontrolle innerhalb oder außerhalb des Atlantikpaktes unterwerfen wollte, gestattete ihm, aus der militärischen Integration der Nato auszutreten. Er tat es bestimmt nicht, weil er glaubte, für die französische Sicherheit auf den amerikanischen Beistand verzichten zu können. Ganz im Gegenteil spielte er geschickt mit dem von ihm nicht angezweiferten amerikanischen Nuklearschirm, der ihm die nötige Sicherheit gab für eine möglichst große nationale Bewegungsfreiheit. Um in Nahost, Asien und anderen Teilen der Dritten Welt gehört zu werden, mußte er den Eindruck erwecken, von Washington unabhängig zu sein. Er und alle seine Nachfolger spekulierten dabei auf das Anlehnungsbedürfnis der Entwicklungsländer an einen Staat oder – in der europäischen Vision – an eine Gemeinschaft, die ihnen eine fast zwangsläufige Abhängigkeit von der einen oder anderen Weltmacht ersparen.

Lediglich *Georges Pompidou*, sein langjähriger Premierminister und erster Nachfolger, war von der Zweckmäßigkeit des weltpolitischen Geltungsbedürfnisses nicht ganz überzeugt. Es erschien ihm vordringlich, Frankreichs Gewicht in der Europäischen Gemeinschaft zu stärken und daher die verfügbaren Mittel bevorzugt für die industrielle Entwicklung seines Landes einzusetzen, um den deutschen Vorsprung aufzuholen. Er unterließ es, wie de Gaulle regelmäßig zu den bedeutenden weltpolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Pompidou spielte auch mit dem Gedanken, die gerne als privilegiert bezeichneten Beziehungen zu Schwarzafrika etwas auf Eis zu legen, ebenso wie die ihn wenig inspirierende Ostpolitik. Er mußte aber dann dem Drängen der Afrikaner nach einer französischen Vaterschaft nachgeben und eine jährliche französisch-afrikanische Konferenz der Regierungschefs veranstalten. Er konnte sich auch nicht den Folgen der militärischen und administrativen Anwesenheit Frankreichs in den verschiedensten Teilen der Welt entziehen noch die Erwartungen enttäuschen, die aus oft widersprüchlichen Beweggründen heraus in der Welt auf die sich immer noch irgendwie als „groß“ betrachtende französische Nation gesetzt wurden.

Giscard und Mitterrand auf de Gaulles Spuren

Um so selbstverständlicher und leichter kehrten seine Nachfolger Giscard d'Estaing und Mitterrand zur gaullistischen Linie zurück. Der Erste widmete sich einer aktiven Ostpolitik, bis ihr die sowjetische Invasion Afghanistans den Boden unter den Füßen entzog. Im Westen ergriff er die Initiative für die jährlichen Gipfeltreffen der großen Industriestaaten, zunächst nur vier (USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich) und sehr schnell sieben, durch Einbeziehung Japans, Italiens und Kanadas. Der dritte Pfeiler seiner weltpolitischen Ambitionen war die *Europäische Gemeinschaft*, die Frankreich zunehmend als Rückendeckung benötigte, um in der Dritten Welt als

Fürsprecher und Gleichgewichtsfaktor zwischen den Supermächten ernst genommen zu werden. Frankreichs Trumpf in der von Mitterrand sofort ohne Einschränkung und sogar intensiver übernommenen Europapolitik ist seine *Initiativfreudigkeit*. Fast alle europäischen Entscheidungen sind seit dem Schuman-Plan für die Montanunion französischen Anregungen zu verdanken. Einer der großen Inspiratoren war natürlich *Jean Monnet*. Gelegentlich zog Paris Nutzen aus der unnötigen Bescheidenheit seiner Partner. Das Forschungsprogramm Eureka war ursprünglich eine Idee Genschers, der jedoch seinen Kollegen Dumas ersuchte, sie zu lancieren, mit der etwas eigenartigen Begründung, daß sie dann in den Partnerstaaten auf ein günstigeres Echo stoße. Es ist auch eine Aufwertung der französischen Europakarte, wenn Moskau offiziell, obwohl recht diskret, zu verstehen gibt, daß Gorbatschow es vorzog, sich für die Beziehungen des Ostblocks zur Europäischen Gemeinschaft nicht im Juni 1989 mit Bundeskanzler Kohl in Bonn zu unterhalten, sondern im Juli mit Mitterrand in Paris, weil Frankreich im Brüsseler System dank der dort tätigen französischen Verwaltungselite größeren Einfluß besitzt als die Bundesrepublik.

Ein Netz von Verpflichtungen

Mitterrand spielt zusätzlich mit der Karte der Dritten Welt, die, wenn man sich so ausdrücken darf, auf zwei Pfeilern ruht: Verringerung der Schuldenlast und Menschenrechte. Beides wird geschickt verbunden. Der Kampf gegen die Armut ist untrennbar von der Verteidigung der elementaren Menschenrechte. Der jetzige Präsident versteht es noch besser als de Gaulle, das fehlende Machtpotential zumindest teilweise durch das Wort zu ersetzen, in seinem Falle durch eine finanziell weitgehend unverbindliche Bereitschaft zur Solidarität. Zweifellos besteht ein für den französischen Präsidenten positives Mißverhältnis zwischen den jährlichen Kosten der angekündigten Streichung der von den ärmsten Ländern Afrikas der französischen Staatskasse geschuldeten Beträge und dem weltweiten Echo einer schönen Geste.

Nach dieser knappen Skizzierung der traditionell verwurzelten weltpolitischen Ambitionen Frankreichs zwingt sich eine Bestandsaufnahme seiner heutigen Positionen und ihres Gewichts auf. Trotz der Liquidierung zweier Kolonialreiche, das erste einige Jahre vor der Großen Revolution und das zweite nach dem letzten Weltkrieg, ist Frankreich außerhalb Europas noch in drei Weltmeeren, Karibik, Indischer Ozean und Pazifik, präsent. Die beiden Antilleninseln Martinique und Guadeloupe sind überseeische Departements ebenso wie Guyana auf dem südamerikanischen Kontinent, die Neufundland vorgelagerte Inselgruppe Saint-Pierre-et-Miquelon und die Insel Réunion im Indischen Ozean. Überseeische Territorien sind Neukaledonien, Polynesien mit seinen zahlreichen, breit gestreuten Inseln und Korallenriffen sowie die Insel Mayotte des Komoren-Archipels. Hierzu kommt das

Kerguelen-Archipel in der Antarktis. Fast überall befinden sich französische Truppenkontingente und Marineeinheiten. Rund 3000 Mann schützen am Ausgang des Roten Meeres die kleine Republik Dschibuti. Mit mehreren afrikanischen Staaten ist Frankreich durch militärische Vereinbarungen verbunden, die ihm teilweise die Stationierung von Einsatzstreitkräften gestatten. Ständige Stützpunkte befinden sich so in Senegal, Elfenbeinküste und Gabun. Hierzu kommen noch etwa 800 Mann im Tschad, das unverändert auf eine französische Rückendeckung gegen Libyen Wert legt. Neben den Vereinigten Staaten unterhält Frankreich andererseits den zweitgrößten ständigen Marineverband im Indischen Ozean. Es verfügt außerdem über das größte westliche Verteidigungspotential im südlichen Pazifik, was Australien und Neuseeland gebührend in Rechnung stellen, trotz ihrer ständigen Verurteilung der französischen Atomversuchsexplosionen auf einem Pazifikatoll.

Einer der Gründe der mitunter überraschenden Geduld allzu eigenwilliger Partner ist der französische Beitrag zur Sicherheit im südlichen Pazifik, im Indischen Ozean und vor allem in Schwarzafrika. Er entlastet die Amerikaner und erspart ihnen wiederholt Interventionen, die einen ziemlich heiklen Charakter gehabt hätten, z. B. im Tschad. Gegenüber dem Hafen Aden des mit der Sowjetunion verbundenen Südjemens ist die französische Anwesenheit in Dschibuti auf dem Wege der sowjetischen Flotte vom Schwarzen Meer in den Indischen Ozean und dem Pazifik ein in amerikanischer Optik äußerst nützlicher Gleichgewichtsfaktor.

Über das französische Prestigebedürfnis hinaus ist ferner die neuerdings von Paris stärker gepflegte Frankophonie eine weltpolitisch nicht unbedeutende Karte. An ihren nunmehr jährlichen Gipfelkonferenzen beteiligen sich auch Länder, die sich außerhalb des westlichen Bannkreises befinden, unter labilen Verhältnissen leiden oder auf einen gewissen Abstand gegenüber den Blöcken Wert legen. Zu nennen sind u. a. Vietnam, Laos, Libanon, Ägypten, Tunesien, Marokko und sogar portugiesischsprachige Kleinstaaten Afrikas. Das letzte Treffen der Staats- und Regierungschefs fand im Mai 1989 in der Senegalhauptstadt Dakar statt. Mitgetragen wurde es von Kanada, Belgien, Luxemburg und der Schweiz.

Diplomatie und Atom

Ohne Zweifel geht die von Frankreich auf dem weltpolitischen Parkett gespielte Rolle über sein Potential hinaus. Es verfügt zum Ausgleich über zwei politische Trümpfe: seine Anwesenheit im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen als ständiges Mitglied und eine äußerst geschickte Personalpolitik. In den Spitzengremien aller internationaler Einrichtungen, von den Vereinten Nationen bis zum Apparat der Europäischen Gemeinschaft, ist es durch hochqualifizierte Kräfte reichlich vertreten. Es zeichnet sich außerdem durch eine bemerkenswerte, über die Jahrzehnte hinaus unermüdliche Initiativfreudigkeit

aus. Es gelingt so der französischen Diplomatie, dauernd im Gespräch zu bleiben, auch dann, wenn ihre nationalen Interessen kaum berührt werden. Sie spielt mit allen erdenklichen traditionellen Banden und auch mit sentimentalen Reminiszenzen. Manche Wogen konnten so im Verhältnis zu Nordamerika durch die Berufung auf Lafayette und seine Verdienste um die Unabhängigkeit des großen Partners bis zum heutigen Tage geglättet werden. Die koloniale Unterdrückung und blutige nationale Befreiungskriege hinderten selbst die verbittertsten Kommunisten Vietnams nicht daran, von Zeit zu Zeit in Frankreich einen Mittler und sogar einen Helfer in ihrer jeweiligen Not zu sehen.

Einige Leerläufe blieben allerdings nicht aus. Die von de Gaulle nach der Beendigung des Algerienkrieges großzügig konzipierte Nahostpolitik ist nie richtig zum Tragen gekommen. Im arabischen Nordafrika erwies sich die Beseitigung der kolonialistischen Hypothek für Frankreich als weit mühevoller und langwieriger als südlich der Sahara. Es gelang ihm ferner nicht, den Libanon vor seinem entsetzlichen Chaos zu bewahren. Die Empfindlichkeit einiger arabischer Staaten ließ sich auch nicht immer ohne weiteres mit dem zu deutlich fühlbaren Selbstbewußtsein der Franzosen vereinbaren. Zudem fehlte der politischen Aktion das in diesem Teil der Welt unentbehrliche wirtschaftliche Fundament.

Die *Atomwaffe* ist natürlich ein wesentlicher Faktor des weltpolitischen Spiels Frankreichs. De Gaulle sah darin von Anfang an eine Eintrittskarte in den Klub der Großen der Welt und infolgedessen ein politisches, aber kein strategisches Werkzeug. Er konnte nicht wissen, ob und in welcher Frist sie militärische Glaubwürdigkeit erreichen würde. Die Amerikaner hatten in dieser Anfangsphase nicht unrecht, von einem Spielzeug zu sprechen, das sie jedoch in Rechnung stellen mußten, da der französische Partner nach Indienstellung seiner kleinen Bomberflotte durchaus in der Lage war, sich dessen als Zünder für die amerikanische Abschreckung zu bedienen. Inzwischen wird auch die strategische Glaubwürdigkeit des französischen Atompotentials international anerkannt. Die Sowjetunion nimmt es mit Blick auf das europäische Gleichgewicht besonders ernst. Falls die Verwirklichung des nuklearen Rüstungsprogramms nicht durch Abrüstungsvereinbarungen gebremst wird, dürfte Frankreich um die Jahrhundertwende rund 1000 Atomsprengköpfe besitzen. Dies ist zwar weniger als ein Zehntel des jetzigen Bestandes von USA oder Sowjetunion, aber sicherlich kein Spielzeug mehr. Washington und Moskau sind sich durchaus klar darüber, daß sich auf die Dauer die Einbeziehung Frankreichs in die atomaren Abrüstungsverhandlungen nicht vermeiden läßt. Paris vermag daraus für sein internationales Prestige Nutzen zu ziehen und für sein Gewicht in der Dritten Welt, die es ständig in verschiedenster Form umwirbt.

Diese glanzvoll scheinende Medaille besitzt allerdings eine eher düstere Kehrseite. Frankreich ist an der oberen Grenze seiner finanziellen Möglichkeiten angelangt. Für

die gleichzeitige Modernisierung seiner nuklearen und konventionellen Waffen müßte es jährlich mindestens 4% seines Bruttosozialproduktes dem Verteidigungshaushalt zuführen. Dieses Ziel wurde in den letzten neun Jahren dauernd angestrebt, aber nie erreicht, so daß die Verwirklichung nicht weniger Projekte wiederholt verzögert werden mußte. Einen gewissen Ausgleich schuf die straffere und rationellere Organisation der Streitkräfte, die noch nicht abgeschlossen ist. Dadurch konnten wenigstens schwerwiegende Pannen verhindert werden. Inzwischen mußten aber die Mittel für das Rüstungsprogramm der kommenden vier Jahre um 10% gekürzt werden. Gewiß, in festen Preisen sollen sie 1990 und 1991 noch um 2% steigen sowie 1992 und 1993 sogar um 4%. Dieses Wachstum genügt jedoch nicht, um den sich aus dem ständigen technologischen Fortschritt ergebenden Mehraufwand zu decken. Außerdem war das ursprüngliche Rüstungsprogramm finanziell schon sehr knapp bemessen und hätte wahrscheinlich nur mit einer Verspätung von 1–2 Jahren verwirklicht werden können. Frankreich verfügt nicht über das wirtschaftliche Fundament, um sich gleichzeitig das drittgrößte Atompotential der Welt und die drittgrößte Marine leisten zu können, zusammen mit einem Mannschaftsbestand von rd. 500 000 Soldaten. Hierzu kommt, daß sein Sozialhaushalt über ein Viertel des Volkseinkommens in Anspruch nimmt und erhebliche zusätzliche Beträge für eine ehrgeizige Bildungspolitik benötigt werden.

Geringes Abrüstungsinteresse

Unter diesen Umständen wäre eine aktive Förderung der Abrüstungsbemühungen naheliegend. Trotzdem zieht sich Frankreich zurückhaltend und nach Ansicht mancher Beobachter, vor allem im Osten, negativ, weil die Regierung mit Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung nicht auf die Priorität der Sicherheit verzichten will und sie außerdem das Atom für ihr weltpolitisches Spiel bis auf weiteres benötigt. Selbst ein nur teilweiser Verzicht auf das Nuklearpotential käme im jetzigen Kräftefeld einer weltpolitischen Abdankung gleich. Hierzu kommt das Dilemma, daß verteidigungs- und machtpolitisch eine Einschränkung des Nuklearprogramms nicht durch eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte ausgeglichen werden kann. Schließlich ist die atomare Verteidigung billiger als die konventionelle. Nach Angaben des Verteidigungsministers würde der Verzicht auf die neue Atomkanone Hades mit einer Reichweite von rd. 500 Kilometern im jetzigen Stadium der Entwicklung nur eine Ersparnis von 2 Mrd. FF bringen. Für die stark rückständige Modernisierung der Panzer wäre dies lediglich ein Tropfen auf einen heißen Stein. Zur Bewahrung seines verteidigungspolitischen Gleichgewichts benötigt Frankreich in erster Linie eine konventionelle Abrüstung, die ihm gestattet, den Mannschaftsbestand seines Heeres und den rüstungstechnischen Nachholbedarf fühlbar zu verringern. Gleichzeitig möchte es den Termin für seine Nuklearabrüstung möglichst weit hinausschieben, um sich

seines Potentials noch möglichst lange als politischen Trumpf bedienen zu können. Die jüngste Entwicklung im europäischen Osten könnte es allerdings zur beschleunigten Konkretisierung seiner eigenen Abrüstung zwingen, zumal sie sich mit einem fühlbar werdenden innenpolitischen Druck zugunsten einer weiteren Verringerung des Verteidigungsaufwands verbindet.

Für die von Präsident Mitterrand immer deutlicher herausgestellte Umwerbung der Dritten Welt fehlt ebenfalls der finanzielle Hintergrund. 1988 belief sich die öffentliche Entwicklungshilfe einschließlich der Sonderkredite der Staatskasse, der staatlich garantierten Exportkredite und der Subventionen für die wirtschaftlich stark zurückgebliebenen überseeischen Departements und Territorien auf fast 8 Mrd. \$. Die Leistungen der weit kapitalkräftigeren USA waren nur um knapp 40% größer, diejenigen der Bundesrepublik um 30% geringer. Der überwiegende Teil der 300 Mrd. FF übersteigenden französischen Auslandsguthaben ist dubios. Seit einigen Monaten ist ein eigenartiges Wechselspiel zwischen dem Präsidenten und dem Finanzministerium im Gange. Der Präsident macht großzügige Versprechungen, die anschließend entweder herabgeschraubt oder auf die lange Bank geschoben werden. Die Verwaltung verschantzt sich häufig hinter dem Internationalen Währungsfonds oder dem für die Schuldenregelung zuständigen internationalen Pariser Klub. Unmittelbar nachdem Mitterrand auf afrikanischem Boden die Streichung der Schulden der ärmsten Länder gegenüber der französischen Staatskasse zugesagt hatte, ließ das Finanzministerium wissen, daß eine Reihe von Verbindlichkeiten nicht einbezogen wer-

den dürfen und tatsächlich lediglich die halbe Schuld gestrichen wird. Die Staatskasse muß nunmehr zum Ausgleich der nicht bezahlten Amortisationsraten jährlich während 10 Jahren 1,6–1,8 Mrd. FF mobilisieren.

Es ist natürlich leichter und einfacher für Frankreich, sich den verschiedensten Ländern als Fürsprecher in internationalen Gremien anzubieten. Man darf vermuten, daß sie sich auf die Dauer damit nicht begnügen und vom französischen Freund nicht nur schöne Worte erwarten, Paris ist schließlich verpflichtet, seine weltpolitischen Ambitionen der *europäischen Entwicklung* anzupassen. Die zunehmend einflußreiche Gemeinschaft schränkt die nationale Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder zwangsläufig ein. Zumindest im Unterbewußtsein hoffte Frankreich in den letzten Jahrzehnten immer wieder, sich der europäischen Karte zur Stärkung seines weltpolitischen Gewichts bedienen zu können. Es ist nunmehr wohl realistisch genug, um nicht auf den Platz einer europäischen Führungsmacht Anspruch zu erheben. In einer Zwölfergemeinschaft ist er nicht mehr vorhanden und nicht vorstellbar. Selbst für entscheidende Impulse bedarf es einer überzeugenden deutsch-französischen Übereinstimmung. Für Frankreich gibt es daher keine andere Lösung, als sein Potential in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen – und nicht umgekehrt. Die Perspektive einer Wiedervereinigung machte der französischen Diplomatie diese Notwendigkeit noch deutlicher. Für sie vermag allein eine möglichst bald zur Union werdende Europäische Gemeinschaft das Potential eines geeinten Deutschland zu verkraften und in Europa langfristig ein stabiles Gleichgewicht zu bewahren.

Alfred Frisch

„Die eigentliche Wüste ist die Stadt ...“

Fragen an Pierre-Marie Delfieux

Zu den bedeutendsten Veränderungen im französischen Katholizismus der letzten 10 bis 15 Jahre gehört die Gründung verschiedenster geistlicher Gemeinschaften. Eine der auch außerhalb von Frankreich bekannteren unter ihnen sind die „Jerusalem-Gemeinschaften“ um die frühere Pariser Pfarrkirche Saint-Gervais unweit des Pariser Rathauses. Ihr Gründer ist ein ehemaliger Studentenfarrer an der Sorbonne, der aus Südfrankreich stammende Pierre-Marie Delfieux, Jahrgang 1934. Zur „Communione de Jérusalem“ gehören eine Mönchsgemeinschaft, eine Gemeinschaft von Schwestern, die als „Eremitinnen“ in der Stadt, in unmittelbarer Nähe zur Kirche Saint-Gervais, wohnen, sowie Laiengemeinschaften. Weitere Niederlassungen bestehen in Marseille und Blois, in Brüssel, Buenos Aires und im US-Bundesstaat Minnesota. Insgesamt gehören den Gemeinschaften etwa 40 Brüder und 60 Schwestern an. Kern der Neugründung ist der Versuch,

eine Form des zönotisch-kontemplativen Lebens im großstädtischen Kontext zu schaffen. Mit Pater Delfieux sprachen wir über Eigenart und Selbstverständnis seiner Gemeinschaften vor dem Hintergrund der Veränderungen im französischen Katholizismus. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt. Mit diesem Gespräch setzen wir gleichzeitig eine mit dem Gründer der Bewegung „Comunione e Liberazione“, Monsignore Luigi Giussani, begonnene (vgl. HK, März 1988, 118ff.) lose Folge von Interviews mit Gründern neuerer kirchlicher Bewegungen fort.

HK: Pater Delfieux, vor etwa 15 Jahren gründeten Sie nach einem zweijährigen Aufenthalt als Eremit in der Sahara in der früheren Pfarrkirche Saint-Gervais eine neue monastische Gemeinschaft. Dieser Gemeinschaft geht es um die Realisierung eines „Mönchtums in der Stadt“.